

■ Krankenhaus-Report 2013

Ein Schwerpunktthema des Ende Januar erschienenen Krankenhaus-Reports 2014, der u.a. vom Wissenschaftlichen Institut der AOK (WIdO) herausgegeben wird, ist das Thema Behandlungsfehler. Am Beispiel von planbaren Hüftgelenk-Operationen zeigt der Report auf, dass es einen empirisch belegbaren Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Eingriffen in einem Krankenhaus und dem Ergebnis der Krankenhausbehandlung gibt. So weist bei Hüftgelenk-Operationen ein Fünftel der Krankenhäuser mit den wenigsten Eingriffen im Vergleich zum Fünftel mit den meisten Behandlungen eine um 37 Prozent höhere Rate an Wiederholungsoperationen auf. Die Herausgeber des Reports leiten auch von der Auswertung von AOK-Daten zur Versorgung von Frühchen mit weniger als 1.250 Gramm Geburtsgewicht einen Zusammenhang von Erfahrung und Routine mit dem Behandlungsergebnis ab. Danach liegt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Babys sterben, bei Kliniken mit weniger als 15 Fällen pro Jahr um 87 Prozent höher als bei Kliniken, die mehr als 45 Frühchen pro Jahr.

Der Krankenhaus-Report 2014 zeigt darüber hinaus auf, dass es zahlreiche Ansätze auf der Ebene des einzelnen Krankenhauses gibt, um die Patientensicherheit zu erhöhen. Beispiele hierfür sind elektronische Verschreibungssysteme oder gute Hygienemaßnahmen. Register tragen bei der Einführung neuer Medizinprodukte oder neuer Behandlungsverfahren zur Patientensicherheit bei. Eine hohe Bedeutung bei der Vermeidung von Behandlungsfehlern hat nach Einschätzung der Herausgeber, dass im Krankenhaus eine Fehlerkultur bei der Patientensicherheit entwickelt worden ist. Die Mitarbeiter müssen noch stärker für das Thema sensibilisiert und die bereits eingeführten Fehlerberichtssysteme besser genutzt werden, um aus eigenen Fehlern und den Fehlern anderer Krankenhäuser zu lernen, so Prof. Dr. Max Geraedts von der Universität Witten/Herdecke, einer der Herausgeber.

Die empirischen Fakten würden darauf hinweisen, dass es Verbesserungspotenziale gebe: Bei etwa fünf bis zehn Prozent aller Krankenhausbehandlun-

gen findet ein unerwünschtes Ereignis, wie eine allergische Reaktion auf ein Medikament, statt. Knapp die Hälfte dieser unerwünschten Ereignisse gilt als vermeidbar. Tatsächliche Fehler kommen mit einer Häufigkeit von rund einem Prozent aller Krankenhausfälle und tödliche Fehler mit einer Häufigkeit von rund einem Promille vor. Das sind derzeit pro Jahr geschätzt rund 19.000 Todesfälle. Insbesondere diese Zahl wurde von der Deutschen Krankenhausgesellschaft und anderen Vertretern aus dem Krankenhausbereich in Zweifel gezogen und kritisiert.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ Herzbericht 2013: Bewegungsmangel von Erwachsenen bedenklich

Ende Januar stellte die Deutsche Herzstiftung den Herzbericht 2013 vor. Zentrale Aussage des Berichts: Zu viele Erwachsene bewegen sich zu wenig. Laut aktuellem Herzbericht sind in Deutschland 30 % der Erwachsenen körperlich inaktiv. Die Initiatoren wiesen deshalb bei der Vorstellung des Herzberichts 2013 darauf hin, dass Bewegungsmangel eine große Herausforderung für das Gesundheitswesen in der Vorbeugung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen – aber auch anderer schwerwiegender Krankheiten wie Krebs – sei. Zu wenig Bewegung ist, dies würden alle wichtigen Studien belegen, ein wesentlicher Risikofaktor für die Entstehung und das Fortschreiten der koronaren Herzkrankheit (KHK), der Krankheit, die dem Herzinfarkt vorausgeht. Die vorbeugende Wirkung von regelmäßiger Bewegung gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall und Bluthochdruck sei längst belegt, so die Autoren. Trotzdem bewegten sich immer noch zu viele Menschen viel zu wenig in ihrem Alltag: 34,3 % der Frauen und 33,0 % der Männer erklären sich als „sportlich inaktiv“. Dies ergab die „Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland“ des Robert-Koch-Instituts.

Insgesamt starben laut Deutschem Herzbericht 2013 allein im Jahr 2011 127.101 Menschen an KHK, davon

mehr als 52.000 am akuten Herzinfarkt, 45.428 Menschen starben in Deutschland an Herzschwäche.

MEHR INFOS:

www.herzstiftung.de/herzbericht

■ Prävalenz der Gebärmutterentfernung

Das Robert-Koch-Institut (RKI) hat in der Januar-Ausgabe seiner Reihe „GBE kompakt“ die Ergebnisse der ersten repräsentative Erhebung der Prävalenz der Gebärmutterentfernung (Hysterektomie) in Deutschland vorgestellt. Die auf Surveydaten basierenden Ergebnisse zeigen, dass bei etwa jeder sechsten Frau die Gebärmutter entfernt wurde. Bei fast der Hälfte der Frauen (48,5 %) fand die Gebärmutterentfernung im Alter von 40 bis 49 Jahren statt. Insgesamt wurden im Jahr 2012 rund 133.000 Gebärmutterentfernungen durchgeführt.

Einflussfaktoren sind sowohl in der (reproduktiven) Gesundheit der Frauen als auch im sozialen Status und im Versorgungsgeschehen zu finden: Bildung, Übergewicht und Anzahl der Geburten stehen im Zusammenhang mit der Prävalenz der Gebärmutterentfernung. Für Gebärmutterentfernungen aufgrund einer gutartigen Erkrankung spielt die Indikationsstellung eine wichtige Rolle. Als Grundlage für eine einheitliche Indikationsstellung wird derzeit eine Leitlinie unter Federführung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe erarbeitet, die Ende 2014 fertiggestellt sein soll.

In ihrem Bericht stellen die Autorinnen die wichtigsten zugrundeliegenden Erkrankungen dar und skizzieren die verschiedenen Operationsmethoden einer Hysterektomie. Ein weiterer Fokus wird im Beitrag von Franziska Prütz und Elena von der Lippe auf die Beschreibung der Häufigkeit des Eingriffs in Deutschland und auf mögliche Einflussfaktoren einer Hysterektomie gelegt. Als Datengrundlage dienen dabei vor allem die Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1) des Robert Koch-Instituts.

MEHR INFOS:

www.rki.de

■ Druck-Studie: Erhebungen gehen in die Endphase

Das Robert-Koch-Institut berichtet, dass derzeit in Hamburg die Vorbereitungen für die Durchführung der sog. DRUCK-Studie (Drogen und chronische Infektionskrankheiten in Deutschland) laufen. Ziel dieser bundesweit seit 2011 (Beginn in Berlin) durchgeführten Studie ist es zum einen, die Verbreitung von Hepatitis B (HBV), Hepatitis C (HCV) und HIV sowie Ko-Infektionen bei injizierenden sog. Drogengebrauchern in Deutschland festzustellen. Zum anderen sollen Einflussfaktoren für HBV, HCV und HIV bei den Drogengebrauchern bestimmt sowie Wissenslücken in Bezug auf Übertragung und Prävention dieser Infektionen festgestellt werden. Die Analyse des Risiko- und Präventionsverhaltens soll helfen, Präventionsempfehlungen zu aktualisieren und zu fokussieren. Mit Hamburg soll jetzt als letzte von insgesamt 8 deutschen Städten die Datenerhebung für die DRUCK-Studie abgeschlossen werden. Danach werden detaillierte Ergebnisberichte für die einzelnen Studienstädte sowie ein Gesamtbericht mit Empfehlungen für die Prävention von Infektionen ausgearbeitet. Der Endbericht soll Mitte 2015 vorliegen.

MEHR INFOS:

www.rki.de

■ Psychische Erkrankungen und Frührente

Die Bundespsychotherapeutenkammer hat Ende Januar eine Studie zum Zusammenhang von psychischen Erkrankungen und Frührente vorgelegt. Danach bezogen rund 75.000 Versicherte 2012 erstmals eine Rente wegen Erwerbsminderung aufgrund psychischer Erkrankungen. Fast jede zweite neue Frührente ist psychisch verursacht (42 Prozent). Das Durchschnittsalter von frühberenteten Personen beträgt 49 Jahre. Seit 2001 haben vor allem Depressionen (+ 96 Prozent), Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen (+ 74 Prozent) sowie Suchterkrankungen (+ 49 Prozent) als Grund zugenommen.

Psychische Erkrankungen sind auch immer häufiger Ursache für Krankschreibungen. So stiegen 2012 sowohl

der Anteil der Krankschreibungen (AU-Fälle) als auch der Anteil der betrieblichen Fehltage (AU-Tage), der psychisch bedingt ist. Der Anteil der AU-Tage hat sich von 2000 bis 2012 fast verdoppelt (+ 96 Prozent). Inzwischen gehen knapp 14 Prozent aller betrieblichen Fehltage auf psychische Erkrankungen zurück. Diese Zunahme ist vor allem auf die immer längere Dauer der Krankschreibungen zurückzuführen. 2012 fehlte ein psychisch erkrankter Arbeitnehmer durchschnittlich 34 Tage. Insgesamt fehlten 2012 Arbeitnehmer über 80 Millionen Tage in ihren Betrieben. Psychische Erkrankungen sind der zweithäufigste Grund für Arbeitsunfähigkeit nach Muskel-Skelett-Erkrankungen.

Die Vertreter der Bundespsychotherapeutenkammer beklagten bei der Vorstellung ihrer Studie, dass in Deutschland nur jeder dritte psychisch Kranke eine Behandlung erhält und forderten den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung. Darüber hinaus verlangten die Psychotherapeuten eine bessere betriebliche Prävention und Früherkennung von psychischen Erkrankungen, mehr Behandlungsplätze für psychisch Kranke sowie eine bessere Abstimmung zwischen Kuration und Rehabilitation.

MEHR INFOS:

www.bptk.de

■ Psychische Störungen am Arbeitsplatz

Die OECD hat im Januar ihren jüngsten Bericht *Psychische Gesundheit und Arbeit: Schweiz* vorgestellt. Zentrale Botschaft: Die Schweiz sollte mehr tun, um Menschen mit psychischen Störungen in Arbeit zu bringen und im Job zu halten. Laut Bericht leidet etwa jeder dritte Bezieher von Arbeitslosengeld, Erwerbsunfähigkeitsrente oder Sozialhilfe an einer psychischen Störung. Die Arbeitslosenquote bei psychisch Kranke ist mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote. Die OECD empfiehlt den Schweizer Behörden: Krankheitsbedingten Arbeitsausfällen stärker vorzubeugen bzw. die Fehltage durch umfassende Betreuung zu minimieren. Die psychiatrische Versorgung sei stärker darauf auszurichten, dass Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zurückkommen, unter anderem durch

Umschichtung von Ressourcen in der Ärzte-Ausbildung.

Ein effizienterer Ansatz würde nach Auffassung der OECD Erwerbstätigen und Unternehmen gleichermaßen helfen: Psychische Probleme kosteten die Schweizer Wirtschaft durch Produktivitätsverluste, Gesundheitsversorgung und soziale Ausgaben jährlich schätzungsweise 19 Milliarden Franken. Das sind 3,2 Prozent des BIP. Arbeitgeber sollten bei psychischen Problemen ihrer Mitarbeiter mehr Verantwortung übernehmen und mit Krankenkassen zusammenarbeiten – durch umfassende Betreuung könnten Ausfälle reduziert und Wiedereingliederungen erleichtert werden. Auch die Arbeitsämter sieht der Bericht in der Pflicht: Ihre Aufgabe sei es, psychische Probleme von Stellensuchenden früh zu erkennen und in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitssektor anzugehen. Für kranke Arbeitslose und Menschen, deren Recht auf Arbeitslosengeld ausgelaufen ist, seien zudem gesonderte Strategien erforderlich.

Laut OECD-Bericht ist der Zugang zu Gesundheitsdiensten in der Schweiz sehr gut und die Zahl der Psychiaterinnen und Psychiater weit höher als in jedem anderen OECD-Land. Behandlungen mit dem Ziel, den Betroffenen bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz zu helfen, seien hingegen nicht sehr verbreitet. Ebenso fehle eine Verbindung zwischen den Gesundheits- und Arbeitsvermittlungsdiensten oder zwischen dem Arbeitsplatz und der Ärzteschaft. Andere Länder erzielten hier schon erste Erfolge, so die OECD.

MEHR INFOS:

<http://www.oecd.org/berlin/>

■ Armut und soziale Ausgrenzung in Europa

Das Statistische Bundesamt (destatis) hat in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* einen Beitrag über „Armut und soziale Ausgrenzung in Europa“ veröffentlicht. Die in der Europäischen Union vergleichbare Stichprobenerhebung EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions), die in Deutschland unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA durchgeführt wird, ist

die bedeutendste Datenquelle für die Messung von Einkommen, Armut und Lebensbedingungen der Bevölkerung in der EU. Von zentraler Bedeutung ist dabei der im Zusammenhang mit der Europa-2020-Strategie entwickelte Indikator. Er gibt den Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung wieder. Neben der Darstellung von Erkenntnissen über die soziale Lage der verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden die deutschen Ergebnisse mit denen der Europäischen Union und der Eurozone verglichen.

Aus der Vielzahl der einzelnen Ergebnisse ist für Deutschland zentral, dass etwa jeder Fünfte arm oder materiell depriviert war oder in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung lebte oder mehrere dieser drei Kriterien gleichzeitig zutreffen. Die Quote hat sich damit seit 2008 (20,1 %) etwas verringert, EU-weit ist sie dagegen angestiegen von 23,7 % im Jahr 2008 auf 24,8 % im Jahr 2012 (Eurozone 2008: 21,6 %; 2012: 23,2 %).

Die Betrachtung verschiedener Haushaltstypen zeigt, dass das Armutsrisiko von Personen in Haushalten von Alleinerziehenden, die zu den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zählen, in Deutschland von 35,9 % im Jahr 2007 auf 38,8 % im Jahr 2011 angestiegen ist. Das Armutsrisiko alleinlebender Menschen hat sich ebenfalls stark erhöht: Bei alleinlebenden Männern stieg die Quote von 27,7 % im Jahr 2007 auf 32 % im Jahr 2011, bei alleinlebenden Frauen von 30,5 % (2007) auf 32,7 % (2011). Das Armutsrisiko alleinlebender Menschen war 2011 in Deutschland erheblich höher als in der gesamten EU und der Eurozone (alleinlebende Männer in der EU: 24,8 %; in der Eurozone: 24,4 %; alleinlebende Frauen in der EU: 25,8 %; in der Eurozone: 26,1 %). Nur etwa halb so hoch wie in der EU und der Eurozone war in Deutschland hingegen das Armutsrisiko von zwei Erwachsenen mit Kindern: 2011 betrug der Anteil arbeitsgefährdeter Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern in Deutschland 7,7 %, in der gesamten EU jedoch 15,3 % und in der Eurozone 15,6 %.

MEHR INFOS:

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Monatsausgaben/Wista-Dezember2013.html>

■ Positive Bilanz bei der Migration aus Südosteuropa

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat im Januar eine Studie zur Zuwanderung in Deutschland vorgelegt. Ergebnis: Viele Zuwanderer sind hochqualifiziert und tragen dazu bei, den Fachkräftemangel in Deutschland einzudämmen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über Migration aus Südosteuropa zeigen die Berechnungen des IW, dass sich auch die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien unter dem Strich auszahlt. So besitzen knapp 25 Prozent der erwachsenen Zuwanderer aus diesen Ländern einen akademischen Abschluss; unter den Zuwanderern insgesamt sind es 29 Prozent, innerhalb der Gesamtbevölkerung hierzulande aber nur 19 Prozent. Nach Einschätzung des IW in Köln wirke sich für die Innovationskraft der Bundesrepublik besonders positiv aus, dass rund 10 Prozent aller erwachsenen Zuwanderer über einen Hochschulabschluss in einem MINT-Fach verfügen. Sie sind also in den Bereichen Matematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik qualifiziert. Unter den Rumänen und Bulgaren liegt dieser Anteil bei gut 8 Prozent, während es in der Gesamtbevölkerung nur 6 Prozent sind. Die IW-Untersuchung belegt, dass Zuwanderung die negativen Effekte des demografischen Wandels abmildern kann. Durch die neu hinzugekommenen Arbeitskräfte steigt die Wirtschaftskraft Deutschlands, was sich wiederum positiv auf die öffentlichen Haushalte und die Kommunen auswirkt. Die IW-Forscher weisen allerdings darauf hin, dass Deutschland im Wettbewerb um ausländische Fachkräfte noch Nachholbedarf hat. Es gelte, eine Willkommenskultur zu etablieren.

MEHR INFOS:

<http://www.iwkoeln.de/de/presse/pressemitteilungen>

■ Mindestlöhne I: Zahl der Empfänger vermutlich geringer als 5,2 Millionen

Vor dem Hintergrund der Pläne der Großen Koalition, einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde einzuführen, und der

daraus entstandenen Diskussionen über Ausnahmeregelungen, hat das DIW in Berlin im Januar die Ergebnisse einer Studie über Mindestlöhne vorgelegt. Die auf Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2012 durchgeföhrten Analysen kommen zum Ergebnis, dass die Zahl derjenigen Arbeitnehmer, die unter einen flächendeckenden Mindestlohn fallen würden, deutlich geringer als 5,2 Millionen Mindestlohnempfänger ist. Dieser Berechnungen liegen folgende Überlegungen zu Grund: Im Jahr 2012 erhielten 5,2 Millionen Arbeitnehmer einen Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro je Stunde; das entspricht 15 Prozent aller Arbeitnehmer. Es gibt aber Hinweise darauf, dass die Zahl dieser Geringentlohnnten im Vergleich zum vorangegangenen Jahr um ungefähr eine halbe Million abgenommen hat. Statistisch signifikant ist hier der Rückgang bei den Vollzeitkräften sowie bei den Arbeitnehmern mit einfachen Tätigkeiten, die mehr als die Hälfte aller Geringentlohnnten stellen. Bemerkbar machte sich hier, dass ein erheblicher Teil der Beschäftigten, die 2011 noch weniger als 8,50 Euro bekamen, 2012 bereits oberhalb der Mindestlohngrenze lagen – etwa infolge von Lohnerhöhungen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten dürfte sich inzwischen wegen weiterer Lohnanhebungen nochmals verringert haben und sich bis zur Einführung des Mindestlohns (zum Anfang kommenden Jahres) um bis zu 700 000 Menschen vermindern. Hinzu kommt, dass einfache Tätigkeiten weiter an Bedeutung verlieren – also solche Jobs, die oft nur gering entlohnzt werden.

In der aktuellen Diskussion ist umstritten, ob bestimmte Gruppen aus der künftigen Mindestlohnregelung ausgeklammert werden. Wären dies Rentner, Schüler und Studenten, würde die Zahl der Menschen mit einem Anspruch auf Mindestlohn um etwa eine weitere Million abnehmen. Im Vergleich der Jahre 2011 und 2012 hat sich erwartungsgemäß an den Strukturen der Arbeitnehmer mit Bruttostundenlöhnen von weniger als 8,50 Euro – also dem Kreis der Bezieher des geplanten Mindestlohns – wenig geändert. Zu diesen zählen in überdurchschnittlichem Maß Arbeitnehmer mit einfachen Tätigkeiten, Frauen, Beschäftigte in Ostdeutsch-

land, Minijobber sowie erwerbstätige Rentner, Schüler und Studenten. Betroffen wären vor allem Arbeitnehmer in kleinen Betrieben sowie in den konsumnahen Dienstleistungen und in der Landwirtschaft.

Inzwischen wird über Ausnahmeregelungen debattiert. So fordert die BDA, dass für Langzeitarbeitlose sowie für Jugendliche und junge Erwachsene mit geringer Qualifikation die allgemeinen Regelungen nicht gelten sollen. Die CSU möchte Schüler, Studenten und Rentner ausklammern. Die Arbeitsministerin lehnt dagegen jegliche zusätzlichen Sonderregelungen ab. Das DIW lehnt in seiner Studie Ausnahmeregelungen zwar nicht grundsätzlich ab, plädiert jedoch dafür, sie auf bestimmte, genau definierte Tätigkeiten zu beziehen, die andere Tätigkeiten nicht ersetzen können. Als kontraproduktiv betrachtet das DIW eine Eingrenzung auf soziale Gruppen, wie z.B. Rentner, Schüler und Studenten.

MEHR INFOS:

www.diw.de

■ Mindestlöhnen II: Bei Ausnahmen würden 2 Millionen leer ausgehen

Eine aktuelle Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass Ausnahmeregelungen bei der Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde dazu führen würden, dass rund 2 Millionen Beschäftigte keinen Mindestlohn erhalten und es zu problematischen Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt kommen würde.

Die Forscher des WSI berechneten auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels, wie viele Menschen mit einem Arbeitsverhältnis (also ohne Praktikanten oder Auszubildende) von solchen Ausnahmen betroffen wären. Ergebnis: Im Jahr 2012 lag der Stundenlohn von rund 5,25 Millionen Beschäftigten unterhalb von 8,50 Euro. Gelte der Mindestlohn nicht für Minijobber, Rentner, Schüler, Studenten und hinzuerzielende Arbeitslose, gingen 2 Millionen oder 37 Prozent der Geringverdiener leer aus. Ohne Ausnahmen für geringfügig Beschäftigte wäre es immer noch fast ein Viertel.

Damit würde nach Auffassung des gewerkschaftsnahmen WSI der allgemeine Mindestlohn systematisch unterlaufen und ein neuer, eigener Niedriglohnsektor geschaffen. Die Ausgrenzung ganzer Arbeitnehmergruppen würd, so das WSI, den eigentlichen Zweck der Regelung unterlaufen, nämlich den Schutz aller abhängig Beschäftigten. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf eine Expertise des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, wonach Ausnahmeregelungen gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz verstößen könnten.

Die Ausnahmen würden sich der WSI-Studie zufolge stark auf einige wenige Branchen konzentrieren: Knapp 56 Prozent aller Minijobber und 52 Prozent aller erwerbstätigen Rentner, Schüler und Studenten mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro arbeiten entweder im Gastgewerbe, dem Einzelhandel, den unternehmensnahen Dienstleistungen oder den „sonstigen Dienstleistungen“, wie beispielsweise Wäschereien oder das Friseurgewerbe. In diesen Branchen sind von denjenigen, die weniger als den Mindestlohn verdienen, zwischen 35 und 40 Prozent geringfügig beschäftigt und zwischen 7 und 25 Prozent Rentner, Schüler oder Studenten.

MEHR INFOS:

http://www.boeckler.de/14_45583.htm

■ OECD-„Your Better Life Index“ jetzt auch in deutsch

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Anfang des Jahres bekanntgegeben, dass der OECD-„Your Better Life Index“ nunmehr auch in deutsch vorliegt. Der Your Better Life Index ist laut OECD ein Schlüsselinstrument der Better Life Initiative und soll dabei helfen, die Bürger an der Beantwortung der Frage zu beteiligen, was ihnen für den Fortschritt der Gesellschaften am wichtigsten ist. Die interaktive Online-Plattform ermöglicht es den Nutzern, das Leben in verschiedenen Ländern zu vergleichen und jedem der elf Teilbereiche, die zu Lebensqualität und Wohlergehen beitragen – also Gemeinsinn, Bildung, Umwelt, zivilgesellschaftliches Engagement, Gesundheit, Wohnverhältnisse, Einkommen, Beschäftigung,

Lebenszufriedenheit, Sicherheit, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben –, individuell Bedeutung beizumessen.

Zurzeit erfasst der Your Better Life Index die 34 OECD-Mitgliedsländer sowie Brasilien und Russland. Mittelfristig sollen auch andere Partnerländer der OECD (China, Indien, Indonesien und Südafrika) in den Index integriert werden, so dass die größten Volkswirtschaften der Welt abgedeckt sind. Der Index beschreibt die allgemeine Lebensqualität in jedem Land, liefert aber auch Ergebnisse zu den 24 Einzelindikatoren, aus denen sich die Teilbereiche der Lebensqualität zusammensetzen. Darüber hinaus geht aus dem Index hervor, wie sich die Situation von Frauen und Männern oder das Leben von Personen mit höherem und niedrigerem sozialen Status unterscheidet. Der OECD-Index erlaubt es darüber hinaus dem Nutzer, die Indikatoren individuell zu gewichten und so selbst zu entscheiden, welche Bereiche des Lebens für ihn am wichtigsten sind. Der Index zeigt zudem, wie sich die Gewichtung bestimmter Aspekte auf das Gesamtbild auswirkt. Außerdem können die Bürger der OECD Verbesserungsvorschläge mitteilen und die eigenen Index-Ergebnisse mit jenen anderer Menschen abgleichen.

MEHR INFOS:

<http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/>

TRENDS & FACTS wurden ausgewählt und bearbeitet von Erwin Dehlinger